

Sektlaune auf der Titanic?

Während die Mächtigen der Welt sich in Davos selbst feiern, nehmen an Börsen die Turbulenzen zu. Topökonom warnt vor Krise, »schlimmer als 2007«

Rainer Rupp

Die Musik in den Salons des sogenannten Weltwirtschaftsgipfels in Davos spielt für die Milliardäre, und die herbeigeeilten Politiker und Pressevertreter dienen sich ehrerbietig den wirklich Mächtigen an. Derweil droht die Titanic der realen Weltwirtschaft in gefährliche Schieflage zu geraten. Angeführt von einem breit angelegten Einbruch der Finanztitel setzte sich diese Woche der Sturzflug an den europäischen Aktienmärkten fort. Zugleich ist die prekäre Lage der Peripherieländer der Eurozone und deren nationaler Bankensysteme wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt.

Vor allem italienische Bankaktien sind in den Keller gegangen. So haben die Wertpapiere der Banca Monte dei Paschi di Siena, die als älteste Bank der Welt gilt, seit Jahresanfang 47 Prozent an Wert verloren, allein am vergangenen Dienstag waren es gut 14 Prozent. Das Geldhaus hatte, ebenso wie etliche Landesbanken der deutschen Sparkassen, im großen Finanzkasino mitgezockt und verloren – und konnte nach 2008 nur noch mit staatlicher Hilfe über Wasser gehalten werden. Wie *Reuters* berichtete, werden die italienischen Anleger zunehmend nervös und fragen sich, wie der Bankensektor angesichts der extrem niedrigen Zinssätze der Europäischen Zentralbank (EZB) überleben kann, und insbesondere, wie die Kreditinstitute ihre mehr als 200 Milliarden Euro Schulden je zurückzahlen können.

Nachdem viele Bankenaktien Anfang der Woche besonders stark eingebrochen sind, wurde der Börsenhandel von der Aufsichtsbehörde Italiens vorübergehend ausgesetzt. Zugleich sind – wie während der letzten Krise – Leerverkäufe von Bankaktien (also Spekulationen auf sinkende Kurse) verboten. Doch die Spekulanten stiegen daraufhin verstärkt in Kreditausfallversicherungen für den Bankensektor ein, wodurch wiederum

das Kreditrisiko der Banken gestiegen und Fremdgeld für sie teurer geworden ist.

In Frankreich hat man neben der Aufregung an den Börsen noch andere Sorgen: Die Anzeichen einer neuen Rezession lassen sich nicht mehr verdecken. Präsident François Hollande und seine nur noch dem Namen nach sozialistische Regierung bekommen zu spüren, dass die Nation tief gespalten und ihre Stabilität durch neue Rekorde bei Arbeitslosigkeit, Armut, Ungleichheit und eine gestärkte Anti-Euro- und Anti-EU/NATO-Opposition erschüttert ist. In einer angesichts der bevorstehenden Wahlen schon verzweifelt wirkenden Rede hat Hollande Anfang der Woche eingestanden, dass seine bisherige Wirtschaftspolitik keine Früchte getragen habe, dass sich Frankreich in einem wirtschaftlichen »Ausnahmestand« befinde und dringend weitreichende Reformen notwendig seien. Was er dabei anstrebt, orientiert sich allerdings an den unternehmerfreundlichen und arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen im Stil von Gerhard Schröders »Agenda 2010« und der sogenannten Hartz-IV-»Reformen«.

Derweil warnen immer mehr Staatsoberhäupter in der EU, dass der Zusammenhalt der Union ernsthaft gefährdet sei, vordergründig angesichts des Streits um die Aufnahme von Flüchtlingen. Doch auch der Unmut über die Wirtschafts- und Währungspolitik, die durch demokratisch nicht legitimierte EU-Organe gesteuert wird, wächst in vielen Mitgliedsstaaten. Von der Slowakei über Polen und Österreich, von London bis Brüssel wird immer häufiger der Bestand der EU in Frage gestellt.

In dieser Situation kommen Hiobsbotschaften zur globalen Wirtschaftslage äußerst ungelegen, aber sie kommen. Es scheint, dass ein Damm gebrochen ist und auch prominente Ökonomen sich weniger scheuen, die Realität klar zu schildern. So zum Beispiel William White. Der ehemalige Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, des Zusammenschlusses der Zentralbanken, der diesen Posten jetzt bei der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) innehat, gab dem britischen *Telegraph* am Mittwoch in Davos ein Interview. In dem Gespräch erklärte er, das globale Finanzsystem sei »gefährlich instabil«. Die EU stehe »vor einer Lawine von Insolvenzen«, die die »soziale und politische Stabilität« der Union »testen« werde. In der nächsten Rezession werde offensichtlich werden, dass ein Großteil der Darlehen niemals mehr bedient oder zurückgezahlt werden könne, so White. Die Situation sei heute »schlimmer als im Jahr 2007«, und »die makroökonomische Munition, um Einbrüche zu bekämpfen«, sei »im wesentlichen aufgebraucht«. White plädiert vor diesem Hintergrund für die Streichung von Schulden. Dieses Mittel zur Krisenbewältigung habe es »5.000 Jahre lang gegeben – bis zurück zur Zeit der Sumerer«.

Der *Telegraph* berichtet, dass die europäischen Banken bereits eingeräumt haben, auf

einem Berg von 1.000 Milliarden Dollar an faulen Krediten zu sitzen. Besonders schwer wiegt dabei, dass auch die Schwellenländer, anders als 2007/2008, »Teil des globalen Problems« sind, wie White es ausdrückt, nicht zuletzt infolge des Preisverfalls bei Rohstoffen wie Erdöl und Erdgas.

<http://www.jungewelt.de/2016/01-23/040.php>